

Fusion ÜWAG — GWV

Anteile der ÜWAG gehen an die Thüga(München)!

Der Kreistag hat gegen die Stimmen der LINKEN, Offenen Liste, der CWE und FDP Fraktion die Fusion von ÜWAG und GWV gebilligt.

In der neu gegründeten RhönEnergie Fulda GmbH wird die Thüga 17,5 Prozent der Anteile erhalten. Insgesamt zahlt die Thüga 5 Mio. Euro für den Einstieg in die Rhön Energie GmbH. Damit ist sie nun mit insgesamt 9 Mio. Euro beteiligt.

Statt sich für ein rein regionales und kommunales Unternehmen einzusetzen haben CDU, SPD und Grüne dem Verkauf von Anteilen an ein externes Unternehmen zugestimmt.

Damit haben sie sich gegen mehr Wertschöpfung in der Region und gegen einen stärkeren regionalen Einfluss ausgesprochen. Kommunales Vermögen wird leichtfertig veräußert.

Gleichzeitig haben CDU, SPD und Grüne der Auflösung der Verbandsversammlung zugestimmt. Entscheidungen wird künftig nur noch der Aufsichtsrat fällen, überwiegend in geheimen Sitzungen.

Transparenz und Öffentlichkeit werden eingeschränkt. Das von den Bürgern gewählte Parlament hat wenig Einflussmöglichkeiten. Es geht hier um das Geld der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises und der Stadt Fulda.

Wer mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung will, darf keinen Verträgen zustimmen, die die Bürger entmündigen.



Einflussmöglichkeiten zum Wohle der Bürger werden geringer und Entscheidungen unterliegen in Zukunft noch stärker reinen Kapitalinteressen.

Hintergrund:

Die ÜWAG ist derzeit ein regionales und kommunales Unternehmen. Eigentümer sind bisher:

- Landkreis Fulda mit 53%
- Landkreis Hef-Rotb. mit 1%
- Landkreis Main-Kinzig mit 5%
- Stadt Fulda mit 41 %.

In der Thüga AG sind Stadtwerke aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt. Schwergewichte bilden die Städte Hannover, Frankfurt und Nürnberg. Mit einer Beteiligung dieser Gesellschaft werden die regionalen Steuerungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Auch wird ein Teil der Wertschöpfung unserer Region entzogen und evtl. in die genannten Regionen verlagert. Damit drohen dem Kreis langfristig Mindereinnahmen.

Aus dem Inhalt:

Seite 2:

- **Energiewende – Bürger beteiligen**
- **Krankenhäuser besser ausstatten**

Seite 3:

- **Amazonbeschäftigte unterstützen**
- **Rentenkürzungen stoppen!**

Seite 4:

- **10 Jahre Agenda 2010**
- **Impressum**

Bürgerbeteiligung an Windenergie ermöglichen!

Durch die Vorgaben der CDU geführten Landesregierung werden zukünftig Windkraftträder im großen Stil vorrangig in Waldgebieten gebaut.

Viele dieser Flächen gehören dem Land Hessen. Inzwischen hat es kreisweit berechtigte Kritik an diesen Plänen gegeben. Dennoch ist zu erwarten, dass sich die Regionalversammlung Nordhessen (Landrat Woide ist hier Präsidiumsmitglied) für eine Vielzahl von Windrädern gerade in den Waldgebieten ausspricht.

Die LINKE.Offene Liste hat im Kreistag mit einer Resolution an die hessische Landesregierung beantragt, dass sich Kommunen bzw. Bürgergesellschaften an Windanlagen beteiligen können, wenn sie es möchten, und dann bei der Vergabe vorrangig berücksichtigt werden. Auch sollen Ihnen die Staatsflächen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Resolutionsantrag der LINKEN.Offenen Liste:

Der Kreistag möge folgende Resolution an die hessische Landesregierung beschließen:

„Sehr geehrte Damen und Herren, im Landkreis Fulda gibt es erhebliche Bürgerproteste gegen die Ausweisung von Vorranggebieten für Windräder. Nach der Empfehlung des hessischen Energiegipfels zur Windenergie hat die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Windkraftanlagen einen hohen Stellenwert insbesondere zur Akzeptanzsteigerung und zur Finanzierung.

Im Erlass zur Windkraftnutzung im hessischen Staatswald vom 25.Mai 2012 wurde festgelegt, dass sofern sich unter gleichen Konditionen mehrere Vorhabensträger für den selben Standort bewerben, vorrangig die Interessenten den Zuschlag erhalten, bei denen Kommunen und kommunale Gesellschaften (wie auch Bürgergesellschaften) beteiligt sind oder eine örtliche Mitwirkung gegeben ist.

Zur Akzeptanzsteigerung schlägt der Kreistag Fulda vor, den Erlass derart zu ändern, dass sofern sich Kommunen und kommunale Gesellschaften bewerben, diese als Belastungsausgleich vorrangig berücksichtigt und die beantragten Flächen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.“



Der Kreistag lehnte unsere Initiative aus rechtlichen Gründen ab. Das Haushaltsrecht lasse dies nicht zu, so die CDU in der Gegenrede.

Während man für Großkonzerne Milliarden übrig hat, ist es nach Auffassung der CDU hier unzulässig Kommunen und Bürgerinitiativen bei der Energiewende zu unterstützen. So kann die Energiewende nicht gelingen. Es geht hier um viel Geld. Eine Energiewende in der die Bürgerinnen und Bürger die Lasten tragen und andere die Geschäfte machen wird nur schwer gelingen.

**Ja zur
Energiewende
- aber mit Bürgerbeteiligung**

Krankenhäuser besser ausstatten!

Unsere Anfrage im Kreistag:

Ein Drittel aller Krankenhäuser in Deutschland schreibt rote Zahlen, auch in Hessen und auch das Städt. Klinikum in Fulda.

Der Hess. Gesundheitsminister plante daher einen hessenweiten Verbund öffentlicher Krankenhäuser. Dies wurde vom Hess. Landkreistag als nicht realisierbar eingeschätzt.

Vielmehr werden regionale Lösungen bzw. Verbände als zielführender erachtet. Hierzu hat der Hess. Gesundheitsminister vertiefende Untersuchungen angeboten, an dem sich einige Landkreise beteiligen. Gebe es solche Bestrebungen wäre es wünschenswert rechtzeitig und umfassend darüber informiert zu werden.

GESUNDHEIT IST KEINE WARE.

DIE LINKE.

Amazon ist dreister Tarifverweigerer!

Bereits seit Wochen kämpfen die Beschäftigten von Amazon für einen Tarifvertrag. Die Beschäftigten in Bad Hersfeld haben unsere Unterstützung.

„Es ist unerträglich mit welcher Dreistigkeit sich Amazon weigert, über einen Tarifvertrag zu sprechen. Die LINKE ist uneingeschränkt solidarisch mit den Beschäftigten bei Amazon“, erklärt Michael Schlecht, Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, zu den laufenden Streiks bei Amazon.

Bis zu einem Drittel weniger Geld als bei vergleichbaren Versandhändlern ist eine schreiende Ungerechtigkeit und auch die Folge der Agenda-2010-Politik des neoliberalen Parteienkartells aus FDP, Grünen, SPD und CDU. Diese Parteien haben systematisch die gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht untergraben. Wir brauchen hier eine radikale Kehrtwende. Befristungen dürfen nur noch in wenigen sachgrundbezogenen Fällen erlaubt werden. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muss erleichtert werden. Nur so kann ein Lohnklaus wie bei Amazon und anderen Betrieben besser verhindert werden.

Das Prinzip Rente für Lebensleistung wird zur Farce!

Der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, erklärt zu den Berichten, nach denen jeder zweite Rentner eine Rente unterhalb des Sozialhilfeniveaus bezieht:

Das reichste Land Europas drückt die Hälfte der Rentner unter Sozialhilfeniveau. Das ist eine Schande. Wir bilanzieren jetzt die Folgen der rentenpolitischen Fehlentscheidungen seit der Jahrtausendwende. Die Rentenformel wurde durch chaotische Eingriffe zerstört, die Kopplung der Renten an die Löhne wurde gelöst. Seit der Jahrtausendwende lagen 11 von 13 Rentenanpassungen unter der Inflationsrate, und auch in diesem Jahr werden zumindest die Renten im Westen deutlich langsamer steigen als die Löhne und Preise.

Wer das Rentenniveau gezielt senkt, darf sich nicht wundern, dass die Renten sinken. Diese Politik gefährdet das Rentensystem in der Substanz. Das Prinzip Rente für Lebensleistung wird zur Farce, wenn im Alter alle gleich arm gemacht werden. Das Rentensystem muss mit drei Maßnahmen stabilisiert werden. Die Rentenformel muss erstens wieder strikt an die Löhne gebunden werden, und das Rentenniveau muss bei 53 Prozent gesetzlich garantiert werden, wir brauchen zweitens eine gesetzliche solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, und drittens müssen die Ostrenten bis 2017 schrittweise an das Westniveau angeglichen werden.

**Rentenerhöhung:
0,25 Prozent!**

**Skandalös: Renten-
erhöhung zum
01.07.2013 beträgt
nur 0,25 Prozent!**

Erneut senkt die Bundesregierung die Kaufkraft der Rentner/innen. Seit 10 Jahren sinkt die Kaufkraft der Rentner/innen. In diesem Jahr sollen die Renten nur um 0,25 Prozent steigen. Das bedeutet für eine Durchschnittsrente von 1000,- Euro eine Rentenerhöhung von nur 2,50 Euro im Monat. Allein die Strompreiserhöhung in 2013 kostet durchschnittlich 10,-Euro im Monat.

Immer mehr Rentner/innen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Im Landkreis Fulda müssen bereits heute jährlich 10 Millionen Euro aus Steuergeldern zur Unterstützung der Renten aufgebracht werden. Für Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, ist es entwürdigend im Alter zum Sozialamt gehen zu müssen. Insbesondere ist für die jetzt noch Berufstätigen bei einer Fortsetzung der Rentenkürzungen mit dramatischer Altersarmut zu rechnen.

Gegen die Rente ab 67!

Dieses Gesetz ist eine Rentenkürzung. Es muss sofort aufgehoben und durch eine Rente ersetzt werden, die Armut im Alter verhindert. Für Jung und Alt solidarisch.
www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

10 Jahre Agenda 2010 – 10 Jahre Armut per Gesetz!

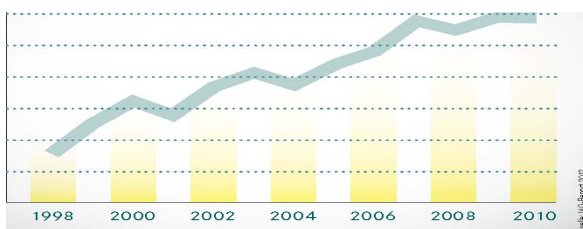
Mit der Agenda 2010 haben SPD und Grüne versprochen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und neue Wege auf den Arbeitsmarkt zu eröffnen: durch bessere und schnellere Vermittlung und indem Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs Einstiege in reguläre Beschäftigung schaffen sollten.

Nichts davon ist eingetreten: Es gibt nicht mehr Arbeit, sie wird nur anders verteilt. Mehr Menschen arbeiten in (oft unfreiwilliger) Teilzeit und können davon nicht leben. Rund 8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich. Viele sind auf ergänzende Leistungen vom Jobcenter angewiesen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Das ist eine Zumutung für die Betroffenen – und bedeutet, dass die Billiglöhne der Unternehmen mit Steuergeldern subventioniert werden. Die Löhne insgesamt sind gesunken: sie liegen heute unter dem Niveau aus dem Jahr 2000, die Preise für Wohnen, Essen, Kultur sind aber weiter gestiegen.

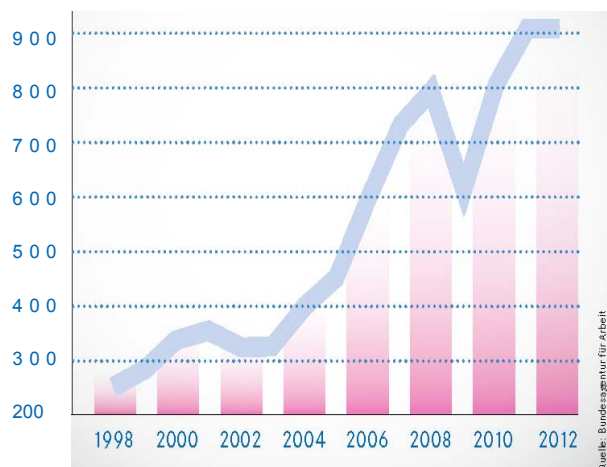
Die Agenda 2010 hat die Arbeitsmarktlage für Langzeitarbeitslose nicht verbessert. Mehr als die Hälfte derjenigen, die Hartz IV beziehen, hatten auch im Vorjahr Hartz IV bezogen. Über ein Viertel der Vermittelten derjenigen, die Hartz IV beziehen, hatten auch im Vorjahr Hartz IV bezogen.

Die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik sind von 22,1 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 15,4 Milliarden Euro

Zahl der Beschäftigten mit Niedriglohn in Millionen



Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in Tausend



im Jahr 2007 abgesenkt worden (SGB III und SGB II). Die schwarz-gelbe Regierung setzt den Kahlschlag nun fort. Dazu werden Leistungen gekürzt und Sanktionen verhängt. Oft zu Unrecht: Rund die Hälfte der Einsprüche gegen Sanktionen hat vor den Gerichten Erfolg.

Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat sich seit 2003 fast verdreifacht: auf mehr als 900 000. Nur 7 Prozent von ihnen werden in reguläre Beschäftigung übernommen. Sie bekommen bis zu 50 Prozent weniger Lohn als die reguläre Belegschaft und genießen meist keinen Kündigungsschutz, weil viele Arbeitsverhältnisse nicht länger als sechs Monate bestehen.

Die Agenda-Politik hat dazu geführt, dass die Schere von arm und reich sich weiter geöffnet hat. Armut unter Erwerbslosen nimmt zu. Das menschenwürdige Existenzminimum wird kleingerechnet. Hartz IV ist Armut per Gesetz.

SPD und die Agenda-Parteien sind noch heute stolz auf ihre Politik. Soziale Gerechtigkeit geht anders! Auf den Punkt gebracht: Das Hartz-IV-System muss weg! Stattdessen wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung und

eine Erwerbslosenversicherung, die den Lebensstandard sichert. Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro –darunter droht Armut. Und wir kämpfen mit den Gewerkschaften für höhere Löhne und gute Arbeit.

Impressum:

DIE LINKE.Offene Liste

Bettina Licht
An der Röthe 16
36145 Hofbieber

kontakt@die-linke-fulda.de

www.linke-kreis-fulda.de

**Ihre Abgeordneten im
Fuldaer Kreistag:**

Michael Wahl

Pia Hainer



DIE LINKE.